Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 111. | Dresden, Sonnabend den 16. Mai 1914. | 25. Jahrg.

Im Wahlkreis **Osterburg-Stendal** kommt es zur **Stichwahl** zwischen **Konservativen und Nationalliberalen.**

In dem Prozeß, den der frühere Abgeordnete Sviha gegen einen Prager Redakteur wegen Veröffentlichungen über Svihas **Polizeispitzeleien** angestrengt hat, hielten die Geschworenen den Wahrheitsbeweis für erbracht und sprachen den Angeklagten frei.

Ein Mailänder Ingenieur soll ein Verfahren erfunden haben, bei dem durch ultraviolette Strahlen **Sprengstoffe auf weite Entfernungen entzündet** werden können.

In **Moskau** ist das kaiserliche Theater einer **Feuersbrunst zum Opfer gefallen.**

In der **kleinasiatischen** Stadt **Tokat** brannten 40 Wohnhäuser und einige öffentliche Gebäude nieder.

Truppen Huertas haben in der Stadt Mexiko **gemeutert** und mehrere Offiziere niedergeschossen.

Es lebe der Kampf!

Der Botschaft des Friedens, die am Donnerstag die deutsche Sozialdemokratie von der Rednerbühne des **Reichstags** aus den Völkern schickte, folgte gestern der Ruf von derselben Stelle aus: Es lebe der Kampf! Zum erneuten und verschärften Kampfe gegen das Unrecht, gegen die Unterdrückung und Unfreiheit der Arbeiter, für Freiheit und Gerechtigkeit riefen die Fraktionsredner der Sozialdemokratie das Volk auf. Sie hatten alle Ursache dazu. Die Verhandlungen über den **Etat des Auswärtigen Amtes**, der am Donnerstag nicht ganz erledigt worden war, und über den **Etat des Reichskanzlers** gestalteten sich zu einer gründlichen Abrechnung mit der äußeren und inneren Politik der deutschen Regierung. Und es waren schwere Anklagen, die unsere Genossen **Eduard Bernstein, Dr. Liebknecht, Scheidemann** und **Dr. Gradnauer** der Regierung ins Angesicht schleuderten.

Genosse **Bernstein**, ein guter Kenner der Politik des Auslandes, zeigte an vielen Beispielen, daß die deutsche Regierung, so wie sie im eigenen Lande für die Freiheit der Bürger nichts übrig habe, auch in der auswärtigen Politik kein Interesse bekunde, für unterdrückte Völker einzutreten. Sie treibe eine Staatenpolitik, keine Völkerpolitik. So habe sie auch bei den Balkanwirren nicht das Selbstbestimmungsrecht der Völker geachtet, und deshalb geholfen, einen Zustand zu schaffen, der nicht den Frieden brachte, wie es notwendig war. Die Auslandspolitik der deutschen Regierung diene nur der Unterbringung deutschen Kapitals im Auslande, wodurch im Inland der Zinsfuß zum Schaden der Volkswirtschaft gesteigert werde. Was wir von der deutschen Regierung verlangen, sei, daß sie gute Beziehungen mit den anderen Ländern unterhalte. England habe öfters die Hand geboten zur Verbindung mit Deutschland und zur Abrüstung, die aber zurückgewiesen worden sei. England habe auch eine Zeitlang den Marineetat vermindert, sei aber durch die Flottenverstärkungen Deutschlands zu neuen Rüstungen getrieben worden. Im Auslande zeige sich auch ein Wille zum Frieden. Das deutsche Bürgertum dagegen! Alle bürgerlichen Parteien in Deutschland bekundeten einen Materialismus, wie er so allgemein weder in England noch in Frankreich auftrete, wo auch in großen Schichten des Bürgertums noch die alten Ideen für Freiheit und Recht weiterleben. Es seien auch nicht bloß einige deutsche inaktive Militärs, die durch chauvinistische Aussprüche Anstoß im Auslande erregten, von verantwortlicher Stelle aus sei manches geschehen, gegen das der Staatssekretär hätte protestieren müssen. Auch Vorgänge wie die in Zabern erregten im Auslande nur neues Mißtrauen. In Frankreich dagegen sei der Chauvinismus niemals so schwach gewesen wie heute. Und es seien unsere Friedensfreunde, die in Frankreich bei den Wahlen gesiegt haben. Auch wir Sozialdemokraten in Deutschland nähmen den Kampf gegen die alten Mächte auf, um für die Freiheit der Völker zu wirken. Und wir wüßten, daß wir damit auch dem deutschen Volke am besten dienten.

Was die Redner des Zentrums, **Fürst Loewenstein-Wertheim**, der Nationalliberale **Freiherr v. Richthofen** und der Fortschrittler **Dr. Heckscher** vortrugen, erweckte kein Interesse, das erst wieder wach wurde, als unser Genosse **Dr. Liebknecht** den Fall Holzmann und die Affäre der Firma Siemens u. Schuckert in Japan zur Sprache brachte. Ihren Höhepunkt erreichte aber die Sitzung, als nach Erledigung des Etats des Auswärtigen Amtes unser Genosse **Scheidemann** zum Etat des Reichskanzlers das Wort ergriff, um in einer ungemein wirkungsvollen Rede die innere Politik des Reiches, vor allem den Kampf, den die Regierung und ihre Behörden unter Mißachtung der Gesetze gegen die Arbeiter führen, zu beleuchten. Und die Enthüllungen, die Scheidemann über das Treiben der Regierung auf Grund authentischer Schriftstücke machen konnte, sind geeignet, auch dem vertrauensseligsten Arbeiter die Augen zu öffnen und ihn in die Reihen der Sozialdemokratie zu treiben. Konnte er doch an der Hand von Briefen, die der Staatssekretär Dr. **Delbrück** geschrieben hat, nachweisen, daß dieser den Kampf gegen die Volksfürsorge organisiert hat, deren Gesetzmäßigkeit er selbst anerkennen mußte! Und es steht nun fest, daß die gelben Gewerkschaften, die den Zweck haben sollen, die Bestrebungen der Arbeiter auf Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage zunichte zu machen, aus der bürgerlichen Volksversicherung, die die Regierung hat schaffen helfen, mit Geld — 15 000 Mark! — unterstützt worden sind. Die öffentlich-rechtliche Einrichtung der Regierung hat also das Gesetzwidrige getan, was ihre Vertreter der Volksfürsorge in die Schuhe schieben wollten, ohne auch nur den geringsten Anhaltspunkt für ihre Verleumdung zu haben: sie hat sich in den Dienst politischer Bestrebungen und Parteien gestellt. Auch was Scheidemann über die Mißachtung des Vereinsgesetzes durch die staatlichen Behörden vorbringen konnte, zeigt, welcher große Kampf den Arbeitern bevorsteht, und daß Redner alle Ursache hatte, die Arbeiter zum erneuten Kampfe um ihr Recht, um die Freiheit und ihr Wohlergehen mit dem Rufe aufzufordern: Es lebe der Kampf!

Nach nichtssagenden Ausführungen des Zentrumsredners **Spahn** und des Nationalliberalen **Schiffer** wußte auch der Staatssekretär Dr. **Delbrück** auf die schweren Anklagen nichts anderes zu tun, als zu versuchen, mit „nationalen" Redensarten sich aus der großen Verlegenheit zu ziehen, die Genosse Dr. **Gradnauer** in einer eindrucksvollen anderhalbstündigen Rede aber noch vergrößern konnte. Genosse Gradnauer zeigte treffend, daß das ungesetzliche Vorgehen gegen die Organisationen der Arbeiter erst wieder in dem jetzigen Umfange eingesetzt habe, nachdem die Unternehmer die Unterdrückung der Gewerkschaften von der Regierung verlangt haben. Aber er konnte auch versichern: Die Arbeiterklasse habe so schwere Kämpfe bereits durchgerungen, daß sie auch mit dem neueren Polizeimittel fertig werde.

Und so wird es kommen: **Der neue Kampf gegen die Arbeiter wird die Arbeiterbewegung stärken, ihren Sieg, den Sieg des Sozialismus und der Demokratie, beschleunigen. Darum: Es lebe der Kampf!**

* * *

Auf dem Dache sitzt ein Greis . . .

An diesen alten Volksreim wird man jedesmal erinnert, wenn man sich die Ordnungsrufe ansieht, die der Greis auf dem Präsidentenstuhle des Reichstages, **Kaempf**, erteilt. Immerhin erträglich bleibt seine Geschäftsführung, wenn er, durch Konservative oder Regierungsvertreter auf angebliche Verstöße aufmerksam gemacht, nach Durchsicht des Stenogramms mit seinen Ordnungsrufen hinterher trabt. Sobald der Präsident aber mitten in einer Rede eine Rüge erteilt, erfolgt sie mit regelmäßiger Sicherheit an der unrechten Stelle. Kaum hat ein Sozialdemokrat die Tribüne des „hohen Hauses" betreten, wird der sonst schlummernde, alte Mann unruhig, bald erhebt er sich, unsicher tasten die Hände nach der Glocke und prompt erfolgt eine Rüge oder ein Ordnungsruf, wo niemand es erwartete. Meist helfen sich Redner im Reichstage durch „Heiterkeit" über die greisenhafte Unzulänglichkeit des Präsidenten hinweg. Allmählich wird es aber denn doch zuviel. Als gestern eine sonst tausendfach im Reichstag geübte Kritik der Reichsbehörden durch Genossen Scheidemann von dem Präsidenten gerügt wurde und nach einer ironischen Bemerkung des Redners gar noch ein Ordnungsruf erfolgte, erklärte Scheidemann impulsiv, unter dem Beifall fast des ganzen Hauses, daß man angesichts dieses Gebarens sich nach der Zeit der Präsidentschaft eines Ballestrem zurücksehne. Und wirklich! Der schwärzeste Reaktionär aus dem konservativen Lager würde vielleicht noch erträglicher sein als dieser **liberale** Präsident. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß Kaempf selbst ein Reaktionär wäre. In der persönlichen greisenhaften Unvollkommenheit des gegenwärtigen Präsidenten tritt noch ein anderer Umstand, der seine Geschäftsführung beeinträchtigt. Wenn ein Konservativer Nachsicht übt, erscheint er in der Glorie vornehmer, großmütiger Gesinnung, der Liberale erweckt durch dasselbe Verhalten sofort den Verdacht, sozialistenfreundlich zu sein. Und nichts fürchtet ein Liberaler in Deutschland mehr als diese unwahre Verdächtigung. Dann lieber feste druff — soweit das einem Kaempf möglich ist. So ist denn aber auch die Mißstimmung gegen den liberalen Präsidenten derart angewachsen, daß die Freisinnigen mit diesem ewig besorgten Würdegreis bei der nächsten Wahl wohl kaum wieder anzutreten wagen werden.

Die Reichstagsersatzwahl in Stendal-Osterburg.

Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl erhielten Hoefch (Konservativ) 11 877, Wachhorst de Wente (Nationalliberal) 6965 und Beims (Sozialdemokrat) 6943 Stimmen. Es findet demnach Stichwahl zwischen dem konservativen und dem nationalliberalen Kandidaten statt.

Bei der Hauptwahl 1912 erhielten **Hoefch** (Konservativ) 10 512 Stimmen, **Fuhrmann** (Nationalliberal) 8621, **Beims** (Sozialdemokrat) 7484 und der Pole 38 Stimmen. In der Stichwahl siegte Hoefch mit 13 288 Stimmen gegen Fuhrmann, auf den 10 995 Stimmen entfielen.

Die Wahl des Konservativen Hoefch war bekanntlich wegen ungesetzlicher Wahlbeeinflussungen für ungültig erklärt worden. Trotzdem haben sich die Konservativen nicht abhalten lassen, auch bei dieser Wahl die beim konservativen Wahlbetrieb nun einmal unentbehrlichen Agitationsmittel: den üblichen Terrorismus, die Saalabtreiberei usw., reichlich in Anwendung zu bringen. So standen unseren Genossen nur in zwei Orten des Wahlkreises Lokale zur Verfügung. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, daß die Sozialdemokratie einen Rückgang von 500 Stimmen erlitten hat, zumal ja überhaupt ein Stimmenrückgang bei Nachwahlen durchaus nichts Ungewohntes ist. Bei allgemeinen Wahlen wo es große Entscheidungen gilt, werden auch die politisch Indifferenten viel eher an die Wahlurne gebracht, als bei einer einzelnen Nachwahl. Dazu kommt, daß die Sozialdemokratie, auch wenn sie in Osterburg-Stendal in die Stichwahl gekommen wäre, keine Aussicht gehabt hätte, als Siegerin aus dem Kampfe hervorzugehen. Auch das mag manchen veranlaßt haben, zu Hause zu bleiben.

Einen empfindlichen Verlust haben die Nationalliberalen erlitten, deren Stimmenzahl um etwa 1600 zurückgegangen ist, während die Konservativen etwa 1300 Stimmen gewonnen haben. Auch bei andern Nachwahlen der letzten Monate hatten wir ja eine solche Stimmenzunahme der Konservativen zu verzeichnen. Die Verfassungskämpfe der letzten Zeit mögen wohl manchen staatserhaltenden Philister, dem vielleicht im Jahre 1912 der Aerger über die einseitige agrarische Steuerpolitik der Konservativen einen nationalliberalen Stimmzettel in die Hand drückte, dazu bewogen haben, wieder konservativ zu wählen. Jetzt ist den Leuten die Angst vor dem Umsturz so ins Gehirn gefahren, daß sie nur in den Leuten um Heydebrand zuverlässige Stützen von Thron und Altar sehen. Dazu kommt, daß 1912 von den Nationalliberalen in Osterburg-Stendal ein Mann aufgestellt war, der sich in Wahrheit kaum von einem echten Konservativen unterschied. Herr Fuhrmann, der Oberhäuptling, der altnationalliberale Scharfmacher, dem auch sehr weit rechtsstehende Leute ohne jedes Gewissensbedenken ihre Stimme geben konnten. Diesmal hatten die Nationalliberalen den Bauernbundführer Wachhorst de Wente aufgestellt, der vielleicht ein bißchen mehr liberal schillert als Fuhrmann, wenn auch mit seinem Liberalismus nicht viel los sein wird. Herrn Fuhrmann haben unsere Genossen mit Recht glatt durchfallen lassen. Sollten sie sich entschließen, Herrn Wachhorst de Wente bei der Stichwahl zu unterstützen, so ist es nicht ausgeschlossen, daß dem Konservativen hier das Mandat entrissen wird.

Fortschritte des Massenmords.

Auf kaum einem Gebiet hat die riesenhafte Entwicklung der modernen Technik so große Umwälzungen erzeugt als im Militarismus. Gehetzt von der Peitsche internationalen Wettrüstens und gierig nach neuen Profiten suchen sich die Rüstungsindustrien der einzelnen Staaten zu überbieten. Auf jede technische Neuerung stürzt sich das Rüstungskapital mit atemloser Hast, um sie seinen Zwecken dienstbar zu machen und dann meist nach wenigen Jahren schon durch eine weitere Verbesserung abzulösen. Den elektrischen Draht, die drahtlose Telegraphie, das Automobil, das Luftschiff, das lenkbare Torpedo, kurz alle Fortschritte der chemischen und physikalischen Wissenschaften werden zur Vervollkommnung der modernen Mordinstrumente verwandt. Und wieder wird dem Moloch das Schwert geschärft. Der Draht berichtet:

Mailand, 15. Mai. Dem Ingenieur Ulivi in Florenz ist es gelungen, eine Erfindung zu machen, um **Minen und Bomben auf große Entfernungen zu zerstören.** Die Erfindung ist bereits in Florenz in Anwesenheit von Technikern und hohen Offizieren ausprobiert worden und wird in der Sprengstofftechnik, wie überhaupt im Kriegswesen, eine bedeutende Aenderung zur Folge haben. Die Erfindung ermöglicht es, Pulverkammern der Schiffe und Forts sowie Munitionslager und überhaupt alle mit Sprengstoff gefüllten Geschosse und **Orte aus großer Entfernung zu zerstören.** Sie beruht auf einer von Ulivi beobachteten Erscheinung, daß ultrarote Strahlen die am längsten schwingenden Spektromelektro-Funken auf entfernte Metallkörper hervorbringen können. Er hat nun einen Apparat erbaut, der verhältnismäßig leicht und einfach ist und von einem Maultier getragen werden kann. Der Erfinder baut jetzt einen neuen Apparat, der auf 100 Kilometer Entfernung wirken soll. Frankreich, Rußland und Deutschland sollen bereits Anerbietungen gemacht haben, doch wird der Erfinder sein Vaterland bevorzugen.

Wenn die Meldung sich in dieser Form bestätigen und es möglich sein sollte, Pulver- und Sprengstoffe schon aus einer Entfernung von 100 Kilometer zur Detonation zu bringen, würde damit eine tiefgreifende Revolutionierung des gesamten Kriegswesens herbeigeführt, und damit ein wesentlicher Schritt weiter zur völligen **Mechanisierung** des Krieges getan werden. Schon lange sind die Zeiten vorüber, in denen die Worte Schillers Geltung hatten: im Felde da ist der Mann noch was wert. Persönlicher Mut, Kraft, Geschicklichkeit werden immer mehr zurückgedrängt von dem Kampf zerstörender Maschinen. Der Mensch sinkt immermehr zu der Rolle eines Rädchens in diesem grausamen Mechanismus und bloßem Kanonenfutter herab. Die neue Erfindung würde den Menschen nur noch mehr ausschalten und den Krieg noch mehr, als es ohnehin schon der Fall ist, ad absurdum führen. Ganz abgesehen von allen ökonomischen, politischen und kulturellen Gründen, die zur Beseitigung der Menschenschlächtereien im Kriege hindrängen, wird der Krieg selbst durch die unpersönliche technische Entwicklung zu einer solchen Ungeheuerlichkeit, daß die Menschheit ihn notgedrungen von sich abschütteln muß, will sie die Erde

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19140516/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG